

Bezugspreis: Vierteljährlich 4.-, monatlich 1.-, ...

Einzelheftpreis: Die abdrucken Kompositionelle ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 63, Lindenstr. 3.

Freitag, den 18. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 63, Lindenstr. 3.

Einigung in Stettin.

Belagerungszustand, Bürger- und Generalstreik aufgehoben. Die Arbeit wieder aufgenommen. Der Belagerungszustand über Stettin und Umgebung...

Der Lärm wurde in der gestrigen Sitzung ausschließlich von der Rechten vollführt, also doch wenigstens eine Errungenschaft der Revolution...

Wutgebrüll rechts.

Die agrarische Presse gegen den Landwirtschaftsminister. Man muß Rücksicht üben und auch für den Gegner...

Über das ganze Blatt steht die „Deutsche Tageszeitung“ die große Überschrift: „Krieg der Landwirtschaft!“...

Dah auch diese Ansprache sich in äußerst gekünstelten Formen vollzog, wird gewiß keinem Menschen mehr überraschend gekommen sein...

Die Antwort der deutschen Regierung auf die Note Roths, die Kontribution von 1 Million Frank in Gold von Seiten der Stadt Berlin betreffend...

Gegen die Junker.

Von Georg Schmidt-Berlin. Vorsitzender des Deutschen Landarbeiter-Verbandes. Die Bevölkerung ist beunruhigt über die Nachrichten, daß ein allgemeiner Generalstreik der Landarbeiter bevorsteht...

Arbeitsruhe in Wien am Montag.

Wien, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht des Vorwärts*) Der Kreisarbeiterrat Wien hat gestern einstimmig, auch mit den Stimmen der Kommunisten, beschlossen: Die Kundgebung internationaler Solidarität findet in Wien am Montag...

Andahnung deutsch-russischer Handelsbeziehungen?

Haag, 18. Juli. (Meldung des Holländisch Neuwösbureaus.) Aus London wird gemeldet: Im Unterhaus erklärte Unterstaatssekretär Harnsworth, er glaube, daß die deutsche Regierung versuche, Handelsbeziehungen mit der russischen Sowjetregierung anzuknüpfen...

General Smuts für Versöhnung mit Deutschland.

Haag, 18. Juli. (Meldung des Holländisch Neuwösbureaus.) General Smuts, der am heutigen Freitag nach Südafrika abreist, hat eine Abschiedsbotschaft veröffentlicht...

Die Sozialdemokraten in den Ostgebieten.

Graudenz, 18. Juli. (Telunion.) Reichskommissar Gohl aus Danzig erklärte in einem Vortrage in Graudenz, die Sozialdemokraten in den an Polen abzutretenden Gebieten müßten eine eigene Partei in Polen gründen...

Jekaterinburg durch die Bolschewisten erobert.

Haag, 18. Juli. (Meldung des Holländisch Neuwösbur.) Aus London wird gemeldet: Hier trafen Meldungen ein, daß Jekaterinburg von den Bolschewisten genommen wurde...

Reiser Friedrichs Tagebuch, dessen Veröffentlichung, wie man weiß, seinerzeit von Bismarck verhindert worden ist und zu einer Verurteilung des Herausgebers, Prof. Gieseler, Anlaß gab...

Verstaatlichung ohne Entschädigung. Der Landtag des Freistaates Lippe-Deimold verabschiedete gestern ein Landesgesetz über die Verstaatlichung des gesamten Haus- und Kammerbesitzes...

wurde in vielen anderen Fällen planmäßig die Stimmung vorbereitet.

Am 21. Mai richtete der Führer des Pommerischen Landbundes von Dewitz-Stettin an Ministerpräsident Scheidemann einen Brief, worin in allgemeinen Behauptungen der Deutsche Landarbeiterverband unerhört verdächtigt wurde. Ich habe diesen Herrn aufgefordert, dafür schlüssige Beweise beizubringen. Das Ergebnis war, daß alles das, was nach langer Zeit endlich als Beweismaterial vorgetragen wurde, nach dem 21. Mai gesammelt war.

Ein Beweis dafür, wie skrupellos jene Gesellschaft arbeitet. Die Schlussfolgerung in jenem Schreiben an Scheidemann war natürlich, daß den Landarbeitern das Streikrecht genommen werden müsse.

In der agrarischen Presse wird immer von unerhörten Lohnforderungen der Landarbeiter geredet. In den seltensten Fällen werden Summen genannt. Der Abgeordnete von der Osten ist auf meine gestrige Aufforderung in der Preussischen Landesversammlung den Beweis schuldig geblieben für seine Behauptung, im Osten Deutschlands seien viele Tarifverträge abgeschlossen worden, die 3000 M. Jahreseinkommen festsetzen. Sätze, die 3000 M. Jahreseinkommen übersteigen, sind in den Tarifverträgen in Deutschland meiner Kenntnis nach nicht abgeschlossen. Das Jahreseinkommen der Landarbeiter bewegt sich heute zwischen 200 bis 2800 M. pro Jahr. Das trifft auch für Pommern zu. Dabei ist zu beachten, daß bei diesen Löhnen die Naturalien eingerechnet sind, deren Wertbemessung heute um 120 bis 150 Proz. höher ist als zu Friedenszeiten. So sollen im Kreise Franzburg die Landarbeiter nur 750 M. Parolohn pro Jahr erhalten. Das übrige rechnet für Deputat und Landgewährung. Bezeichnend ist, daß einerseits über hohe Lohnforderungen der Landarbeiter geredet wird, andererseits aber der pommerische Agrarierbund seinen Schülern höhere Löhne, besonders bei dem Deputat verbirgt, wenn sie aus dem Landarbeiterverband austreten.

Wenn die Landarbeiter entgegen der Bestimmung in der Landarbeitsordnung bezüglich des elftündigen Arbeitstages, der für 4 Sommermonate gilt, was aber auch keine Zwangsbestimmung ist, nun den Zehnstundentag fordern, so sind sie jederzeit bereit, bei naturnotwendigen Arbeiten durch Überstundenleistungen die Erntearbeiten zu erledigen. Die Landarbeiter erklären überall, daß sie bereit sind, 12 und 13 Stunden zu arbeiten, wenn dies unbedingt erforderlich ist. Der Landarbeiter fühlt und lebt mit seinem Beruf. Es ist eine unerhörte Verdächtigung, eine derartig ruhige Arbeiterschaft zu politischen Zwecken zu mißbrauchen.

Außerdem bin ich und meine Kollegen jederzeit in der Lage, Hunderte von Fällen anzuführen, wie geflissentlich die Vorstandsmitglieder des Deutschen Landarbeiterverbandes im Lande gemahregelt werden. Ganz besonders in Pommern, aber auch anderwärts haben sich die Arbeitgeber untereinander ehrenwörtlich verpflichtet, die „Geher“ nicht mehr zu beschäftigen. Diese Behauptung halte ich auch gegenüber gegenteiligen Behauptungen der Landblinde im vollen Sinne aufrecht. Wer die Agrarier kennt, der weiß, daß diese Herren von ihrem Herrenstandpunkt absolut nicht lassen wollen; der gibt auf ihre öffentlich vorgetragenen Behauptungen verdammt wenig. Das sind nur schöne Reden, die das wahre Gesicht der Junker verbergen sollen.

Der Streik im Kreise Franzburg wäre leicht zu vermeiden gewesen, wenn die Kommission der Arbeitgeber bei ihren Klaffengenenossen dahin gewirkt hätte, den am 2. Juli fertiggestellten Tarifvertrag, den eine Anzahl Güter bereit waren einzuführen, zur Anerkennung zu bringen. Dies wurde aber geflissentlich vom Agrarierbund hintertrieben. Erst dann haben die Landarbeiter spontan die Arbeit niedergelegt, weil ihnen die ewige Verschleppung der Tarifverhandlungen wider Gefühl und Recht ging. Wer diese Arbeitsniederlegung verurteilen will, muß auch zugeben, daß der größte Teil der Schuld auf Seiten des Landbundes

liegt. Wenn dieser an sich geringfügige Streik nun größere Kreise in Pommern in Mitleidenschaft gezogen hat, so ist daran die Heranziehung des Militärs schuld.

Wer dafür verantwortlich ist, wird sich ja wohl noch feststellen lassen. Seitens der Berliner Zentralstellen wird die Heranziehung des Militärs und die Verhängung des Belagerungszustandes nicht gebilligt. Der Landrat des Kreises Franzburg war abwesend. Genosse Schauer-Stettin hat gestern in der Preussischen Landesversammlung festgestellt, daß der Kreissekretär erst von 60 Gütern, auf denen gestreikt werde, berichtet hat, dann später mühte er berichtet, es werde auf 15 Gütern gestreikt. Aber auch dann konnte er die Namen der Güter nicht nennen. Diese Angaben des Genossen Schauer muß ich unterschreiben. Entweder ist dort mit einer groben Tolpatschigkeit oder mit einer bewußten Gewissenlosigkeit verfahren worden. Die Landarbeiter des Kreises Franzburg haben mit notürlich erklärt, daß sie die Arbeit nicht eher aufnehmen, als bis der Belagerungszustand aufgehoben ist. Ich muß diese Haltung billigen. Bemerkenswert ist aber, daß überall das Vieh gefüttert und gemolken wird und daß auch die Milchablieferung geregelt ist. Alle gegenteiligen Behauptungen sind für den Kreis Franzburg wie für andere Kreise unwahr oder maßlose und bewußte Übertreibungen einzelner Fälle.

Der Regierung kann ich den bitteren Vorwurf nicht ersparen, daß sie in Pommern nicht rechtzeitig eingegriffen hat. Es wäre notwendig gewesen, schon seit langem gegen rechts vorzugehen. Das ist nicht nur meine persönliche Meinung, sondern auch die Meinung der sozialdemokratischen Fraktion der preussischen Landesversammlung.

Nun zum Schluß. Ich erfinde die Bevölkerung, sich nicht durch diese bewußten Verdrehungen der agrarischen Presse beunruhigen zu lassen. Die Landarbeiterschaft will die Einbringung der Ernte sicherstellen. Sie verlangt aber eine gerechte Würdigung ihrer Forderungen.

Es mag sein, daß unverantwortliche Personen der äußersten Linken auch auf dem Lande im Trüben fischen wollen. Diese Treiber werden an dem gesunden Sinn der deutschen Landarbeiterschaft scheitern. Wenn die Volkswirtschaft von rechts erklären, daß sie lieber die Ernte verkaufen lassen, als die unerhörten Forderungen der Landarbeiter zu bewilligen, dann hoffen wir, daß die Regierung mit fester Hand zugreift. Es gibt stellenlose landwirtschaftliche Angestellte genug, die auch in der Lage sind, landwirtschaftliche Betriebe zu verwalten.

Zu diesen Maßnahmen braucht es aber nicht zu kommen, wenn die Landwirte zur Verständigung bereit sind, und sich mit den Landarbeitervertretern an einen Verhandlungstisch setzen, um Streitigkeiten auf gutlichem Wege zu schlichten. Wäre das überall in Pommern beachtet worden, dann könnte von verhältnismäßig ruhigen Verhältnissen berichtet werden. Im größten Teile Deutschlands ist dies der Fall.

Auch die hartgeotrienen pommerischen Junker werden einsehen müssen, daß die Zeit ihres unbeschränkten Herrtums endgültig und für immer vorbei ist.

Regierung und republikanischer Führerbund.

Von zuständiger Stelle ergeht eine Mitteilung an die Presse, welche die Gründung des republikanischen Führerbundes zum Gegenstand hat. Eine Anzahl von Offizieren hatte die Annahme geäußert, es handele sich um eine von der Reichsregierung und dem Reichswehrminister geförderte Organisation, die den Zweck haben könnte, einen Teil der Offiziere zu entlassen, falls sich genügend Führer stellten, die ein Bekenntnis zur Republik ablegten. Hierzu wird nun u. a. erklärt:

Solche Befürchtungen und Besorgnisse sind absolut gegenstandslos. Die Regierung und der Reichswehrminister haben mit der Gründung des republikanischen Führerbundes nichts zu tun, sondern es handelt sich dabei um Bestrebungen, die lediglich der Initiative einiger Herren ent-

springen sind. Bestimmte Parteigruppen verschiedener Richtungen suchen innerhalb der Reichswehr Boden zu gewinnen und Teile derselben zur aktiven politischen Betätigung zu gewinnen. Das kann zu einer bedrohlichen Verwirrung und schließlich zum Verfall der Reichswehr führen. Politische Vereinigungen innerhalb der Reichswehr, zum Beispiel konservative, demokratische, sozialdemokratische oder kommunistische Soldaten- und Führervereine, also republikanischer Führerbund oder Nationalverband deutscher Offiziere können auf die Dauer keinen Platz in der Reichswehr haben und dürfen die Reichswehr selbst nicht zum Tummelplatz ihrer Bestrebungen machen. Ebensovienig können Vereinen zugestimmt werden, die einen Kampf zwischen aktiven und inaktiven Unteroffizieren treiben und dadurch entstandene Meinungsverschiedenheiten zu politischer Aktion ausnutzen. Von der Reichswehr als Gesamtorganisation muß die Politik ferngehalten werden. Deshalb hat der Reichswehrminister kürzlich verfügt, daß jede Art von politischer Propaganda innerhalb der Kasernen zu unterbleiben hat, ferner ist es von ihm als unzulässig bezeichnet worden, daß von militärischen Dienststellen herausgegebene oder unterstützte Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren und Flugblätter politische Tendenzen haben. Die Reichswehr ist ein Werkzeug, nicht sie selbst, sondern die Reichsregierung regelt ihre Verwendung, die die Durchführung des Willens der Volksmehrheit zum Ziele hat. Dieses Instrument würde unbrauchbar werden, wenn es dem Einfluß auseinanderstrebender politischer Strömungen ausgesetzt ist, und es würde den inneren Zusammenhalt verlieren. Die Reichswehr in ihrer Gesamtheit muß absolut unpolitisch sein. Bei der Auswahl der Führer wird nicht die politische Gesinnung des einzelnen, sondern lediglich die militärische Eignung maßgebend sein. Der Reichswehrminister wird nicht seine Hand dazu bieten, daß alte Uebelstände wieder Platz greifen, die vor dem Kriege von ihm persönlich lange genug bekämpft worden sind. Es ist ausgeschlossen, daß er den früheren Zustand, wonach zum Beispiel ein Sozialdemokrat nicht Unteroffizier werden durfte, in das Gegenteil umkehrt und Männer nicht an militärische Führerstellen gelangen läßt, weil sie nicht ein republikanisches Bekenntnis ablegen. Ebenso selbstverständlich ist aber auch, daß jeder Angehörige der Reichswehr als Staatsbürger sich politisch betätigen kann und volle Freiheit der politischen Ueberszeugung haben muß.

Diese Erklärung geht von völlig falschen Voraussetzungen aus. Der Republikanische Führerbund ist keine politische Organisation. Er macht bei seinen Mitgliedern nur die eine selbstverständliche Voraussetzung, daß sie als Soldaten der Republik auch innerlich auf dem Boden der Republik stehen. Diese Voraussetzung kann die Organisation ebensowenig zu einer politischen Stempel, wie unter dem alten System eine Vereinigung deswegen als politisch angesehen wurde, weil sie auf dem Boden der Kaisertruppe stand. Der „Republikanische Führerbund“ wird sich sein Recht nicht nehmen lassen, innerhalb der Reichswehr zu wirken, und zu seinem Teil den unwürdigen und unmöglichen Zustand beenden zu helfen, daß heute Offiziere und Mannschaften in der Reichswehr zurückgesetzt und schikaniert werden, weil sie auf dem Boden der geltenden Staatsordnung stehen. Er wird auch nicht dulden, daß republikanisch gesinnte Offiziere, wie das jetzt geschieht, von ihren monarchistisch gesonnenen Kameraden öffentlich als Gesinnungslumpen beschimpft werden, wofür beispielsweise die heutige Morgenausgabe des „Lokal-Anzeigers“ ein Belegstück bietet.

Der Erlaß ist übrigens auch deswegen seltsam, weil die Begründer des Republikanischen Führerbundes vor der Gründung beim Reichswehrminister Roske gesehen sind, und bei diesem volles Verständnis für ihre Bestrebungen gefunden haben. Jetzt scheint sich nachträglich der Einfluß um ihre Stellungen besorgter reaktionärer Offizierskreise geltend gemacht zu haben.

Wie übrigens die in dem Erlaß garantierte Freiheit der politischen Ueberszeugung ausgefaßt wird, dafür folgendes Beispiel: Ein Soldat der Brigade von Loth, Mitglied der S. V. D., ist Abonnent des „Vorwärts“. Sein Freitag ist der Zeitungsfrau der Zutritt in die Kaserne verboten worden, obwohl die Zeitungsfrau dort nicht etwa handelt, sondern nur den Abonnenten die Zeitung zuteilt. Dagegen kann die „Deutsche Tageszeitung“ in der Kaserne frei gebraucht werden.

Gottfried Keller.

1810 — 10. Juli — 1910.
Von Max Hachdorf.

Gottfried Keller, der jetzt hundert Jahre alt werden sollte, ist feinstenswegs gestorben. Sein Ruhm, der in den Literaturgeschichten aufbewahrt wird, ist heute größer als jemals. Die Amerikaner sind stolz darauf, den Schweizer Volksmann als Zeugen für gesunden Menschentum und freihetliche Politik in einem besonderen und sehr gelehrten Werke zu preisen. Ein französischer Universitätslehrer, Herr Waldenberger, konnte dem Genie Gottfried Kellers ein beträchtliches Buch widmen. Die Italiener übersehen noch heute das schöne, geistreiche und doch kräftig geklaunte Deutsch des Zürchers in ihre harmonische Sprache, und sie wollen nur ein großes Herz, einen sehr hellen Verstand und einen herrlichen Reichtum des Wortes ehren, der über ein ganzes Heer von Jüngern und Bewunderern verfügt bis auf den heutigen Tag.

Gottfried Keller war ein Handwerkersohn. Aber sein Vater dichtete und redete im Freundeskreise wie ein begehrter Schwärmer. Der Knabe empfing Phantasie, sprühende Beweglichkeit des Geistes und sogar einen Zug zum Abenteuer von diesem Vater, wodurch die Mutter ihm eine heftige Nachlässigkeit und sogar einen Eigenwillen ins Blut legte, der bis zur Wildheit aufstoben konnte. Student ohne Studium, Stipendiat von Bürgers Gnade, Zweifler am eigenen Talent, erst Maler, dann singender Dichter, das war Kellers Lebensschicksal bis zum dreißigsten Jahre. Dann traf er all seinen Willen zusammen, um den großen, vieländigen Erzählungsroman des „Grünen Heinrich“ zu schreiben, der eigentlich die sehr gewissenhafte Lebensbeichte des Dichters selber ist.

Der Mann, der dieses Riesenswerk bezwingt, hätte Grund, sehr neidisch zu sein. Er hatte den Hunger gekannt. Die drückenden Kosschulden blieben ihm nicht erspart. Freunde und sogar die getreue Mutter sahen ihn schon als verloren an. Sie merkten kaum, wie in diesem äußerlich harten, sehr knorrigen und selten gewöhnlichen Menschen ein so sanftes und empfindsames Herz waltete. Freiheitlichdichter des Sturms der vierziger Jahre, wurde Keller hinaus über die laute Veredelsamkeit der Dreißiger. Er fand den ergreifenden Ton der besetzten sozialen Welt. Er erkannte nicht nur das Uebel der Masse und deren bedrohliche Abhängigkeit vom Willen, er schüttelte Seele und Weichen Klug in seine Verse. Seine soziale Lyrik predigte und ergriß. Seine Ballade vom verwegentlichen Hunger — „Der Rivallier“ — hebt sich groß vom Hintergrunde der sozialen Dichtung der Mitte des Jahrhunderts ab.

So konnte es geschehen, daß er, ausgehoben mit allen Kräften des Innerlichen, seine Lebensbeichte niederschrieb. Der Schweizer Proletariatssohn, der hinauszog um sich die Welt der Denker und Künstler zu erobern, gelangte nur auf schmerzbelasteten Umwegen

an sein Ziel. Er durchwanderte die ganze Entwicklung der Künste, die sich in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts mit dem Gedanken abraderten. Es löst ihn einen harten Kampf, daß er den dogmatischen Kirchengott überwindet und sich hineinsetzt in die Freundschaft der energiestärkenden Theologie der Ueberlieferung. Der große Heinrich, Gottfried Kellers würdiges Ebenbild, wird ein Materialist, aber kein trockener und harter, sondern ein sehr weicher und vielfältig begabter Erdennatur. Ja, er ist ein Künstler, ihn treibt es, die Verwirrung und Formlosigkeit der Dinge und Menschen harmonisch zu heben und zusammenzufügen. Sein Weltbild weitet sich unendlich aus. Er stellt sich zu allen Standesklassen, zum Adel und zum Bürgertum und auch zum Proletariat. Er schreibt das große Epos des deutschen Lebens, obwohl er nur ein Schweizer Eidgenosse ist. Er schreibt es, geleitet von dem gleichen Instinkt der Wahrheitsliebe, der erst ein Menschenalter später den Franzosen Emile Zola treibt, eine große Schulmeisterlehre vom naturalistischen Roman zu verfaßten.

Und dann folgen die Mächtigkeit der „Pärischer Novellen“ und die „Seldwiler“ Geschichten, die sich der patriotische Demokrat vom Herzen sprengt. Humor und Menschenliebe, sehr gesunder Menschenverstand und auch einiger Satir sind in diese Meisterwerke hineingemischt. Der Dichter beschwört es nicht, tätig an den Geschichten seines Patrier Heimatort teilzunehmen. Es ist ihm gelungen, das Mißtrauen gegen sein Kleinbares und oft so notwendiges Eigentum zu überwinden. Er darf sich mit den Angehörigen an den grünen Amtlich sehen und als Protokollführer allen Verstand und nicht selten auch allen Unverstand der gewichtigen Ratsmänner aufzeichnen. Der „Staatschreiber“, der tief in die Geschlechter hineinschaut, verlagert sich leinestwegs den Blick in die liebenden Herzen und die seufzenden Jünglinge und Mädchen. Er erfindet Herzgemäßen anmutiger Abenteuerlichkeit. Er trennt und verschönt die Gemüter so gut und doch so mächtig, daß die Romantik der Jugend ihm ewig dankbar bleibt. Er läßt sich hinein in die spielende Pracht der Märchenlegenden, die er umschließt als ein sehr phantastischer und gütiger Menschenfreund. Gewiß, in den „Sieben Legenden“ Gottfried Kellers, diesen geistlichen Stücklein bauscher Märchenpoesie, geschehen auch allerhand Wunder, aber die Wunder erzählen nicht Bedrückendes, sie zwingen den Menschen nicht in Abhängigkeit und Anechtenschaft von der Jungfrau Maria. Der Mensch wird fähig, aus sich selber alles Märchenwunder zu erzeugen. Ihm wird die Willensfreiheit, das aus den Märchenbüchern mühselig errungene, löstbare Seelen- und Sittengut, feinstenswegs geschmälert.

Keller war ein Kreis geworden, als er sich anstellte, nach einmal sein Weltbild in einem großen Roman zusammenzufassen. Er schrieb häufig gefeiert von dem Herrn der politischen Anleihe, die unter seiner Wohnung lag, den Roman des „Martin Salander“. Es ist der Roman der Männerlichkeit, der großen Moral und

republikanischen Tugend. Martin Salander leidet viel Unglück. Seine Tochterhölle werden als Lumpen entlarvt, aber die Größe und die Gerechtigkeit liegen. Der würdige Mann kann mit hellem Auge sein eigenes Glück und die geklarte Zukunft seines Landes überblicken. Als Keller diesen Roman begann, wollte er schelten und suchen, aber am Ende segnete er doch. Denn er hatte gewaltiges Jutauen in den Ernst des Menschen. Er bewachte sich diese Inversität bis zum letzten Tage seines Greisenlebens. Und als er starb, begraben ihn in seiner Vaterstadt die Alten und die Jungen, die Lehrer und die Studenten, die Stabilität und die Arbeiter mit gleicher Verehrung. Sie barrierten alle, daß ein Weltengenie den Atem angehalten hatte. Aber die Unsterblichkeit war dem Scheidenden gewiß.

Wettbewerbsreform.

Der Arbeitsrat für Kunst, die radikalste Berliner Künstlergruppe, hat im Hinblick auf die letzten Mißerfolge im literarischen Wettbewerbswesen, insbesondere bei dem unglückseligen Wettbewerb für die neuen Briefmarken, dem Reichspostministerum Vorschläge für eine Neugestaltung des Ausschreibungswesens unterbreitet. Sie werden hoffentlich mindestens bei dem bevorstehenden neuen Wettbewerb berücksichtigt. Die Vorschläge lauten zusammengefaßt: 1. Wettbewerbe sind wie Submissionen eines Staates unanwählbar. Die Wettbewerbe fordern eine ungeheure Summe von Arbeit heraus, in der jede Arbeit doch nur dem Einfluß in einer Lotterie gleicht. Deshalb: der Staat bezahlt feste Aufträge unter namentlicher Verantwortung des betreffenden Beamten. — 2. So lange dieser Standpunkt nicht durchdringt, verlangt der Arbeitsrat: alle Teilnehmer arbeiten ehrenhalber. In beiden Fällen besteht der Preis allein in der Ausübung der gewählten Arbeit. Der gewählte Entwurf muß ausgeführt werden, jedenfalls kein anderer. 3. Die Preisrichter sehen sich zusammen als gleich vielen Vertretern der akademischen wie der radikalen Künstlerchaft. Beide Gruppen wählen für sich. Jede Gruppe nennt einen nach ihrem Urteil besten Entwurf, so daß für die letzte Entscheidung zwei Entwürfe vorliegen. Die letzte Entscheidung hat ein von beiden Gruppen gemeinsam gewählter Vertrauensmann, doch nur unter diesen beiden Entwürfen. Dadurch wird zum mindesten ein Kompromiß ausgeschlossen, da ein an sich gebiegender Entwurf der traditionellen Art einem Mißgeschick natürlich vorzuziehen ist.

Notizen.

— Theater. Im Theater am Ballonplatz wird am Sonntag nachmittags als Vorstellung der Freien Volkshäuser Schöners „Weißteufel“ aufgeführt. — Zur fünfzigsten Auführung gelangt morgen im Künstler-Theater die „Rutschbahn“, am Montag im Neuen Opernhaus: „Die Dame vom Circus“.

— Eine Pandiarie des Deutschen Reiches und der Nachbargebiete, die das neue politische, geographische Bild sehr klar darstellt, ist im Verlag Velhagen u. Klasing erschienen (Preis 2,40 M.). Sie ist, was sie sein will: Hand- und Wandkarte zugleich.

Die Wahrheit über die Blutjustiz in Ungarn.

Uns wird geschrieben: Die „Freiheit“ veröffentlicht in ihrer gestrigen Morgennummer einen Artikel, in dem sie uns in einer geradezu unverantwortlichen Weise angeht, weil der „Vorwärts“ in einer Notiz die Blutjustiz der ungarischen Kaiserregierung beurteilt hat. Die „Freiheit“ behauptet, daß in Budapest im ganzen nur elf Personen zum Tode verurteilt worden sind, und auch diese nicht zum Tode durch den Strang, sondern zum Tode durch Erschießen. Die Verhandlungen sollen länger als zwei Wochen gedauert haben und auch diese Urteile seien nicht vollstreckt worden. . . .

Die „Freiheit“ schöpft ihre Weisheit aus dem „Bester Bloß“ vom 9. Juli. Allein diese Weisheit ist sehr gering. Warum hat die „Freiheit“ nicht auch die Budapestser Zeitungen vom 25., 26. und 27. Juni gelesen? Denn wenn sie diese Zeitungen gelesen hätte, so hätte sie die Ergebnisse sicherlich in einem ganz anderen Sinne gesehen.

Wie aus „Börzs Uffog“ und „Képzava“ ersichtlich ist (25. 6.), ist das Statorialgericht bereits sofort am Tage der Nichterwerfung des Urteils, also am 25., zusammengetreten. Die „Börzs Uffog“ berichtet, befindet sich das Gericht in Permanenz. An diesem Tage sind drei Offiziere, Stefan Mih, Josef Grassl und Ladislav Szabo, zum Tode verurteilt und auch hingerichtet worden. Ebenfalls an diesem Tage wurde der Kaufmann Geza Herceg hingerichtet. Am folgenden Tage berichtet „Börzs Uffog“ mit diesen Urteilen, daß 48 Gegenrevolutionäre vor dem Statorialgericht stehen, über welche noch im Laufe des Tages geurteilt werden soll. In diesem Tage sind drei Offiziere, Joltan Orszah, Anton Waldimbrecht und Franz Jurek, zum Tode durch den Strang verurteilt worden. Die „Freiheit“ mag die Richtigkeit unserer Angaben im „Börzs Uffog“ nachprüfen. In derselben Nummer meldet das Blatt, daß in Neupest, einer Vorstadt von Budapest, vier Gegenrevolutionäre, Ladislav Hajden, Ladislav Kozitschek, Elemér Deszö, ferner ein Chauffeur namens Johann Szöcs, in einem Auto gefangen genommen und sofort erschossen worden sind, während das Statorialgericht zwei Angeklagte namens Martinovich und Orszag zum Tode durch den Strang verurteilte. Am 28. Juni berichtet „Börzs Uffog“, daß die Verhandlungen des Statorialgerichts am ganzen Tag dauern werden und daß an diesem Tage 73 Angeklagte abgeurteilt werden sollen. Ist das keine Maschinengeschwindigkeit? 48 Urteile an einem Tage und 73 Urteile an anderen Tagen? In derselben Nummer berichtet das böhmische Blatt, daß laut einer Regierungsvorlesung die Urteile des Statorialgerichtshofes sofort zu vollstrecken sind und daß dagegen keine Verzögerung eingelegt werden kann.

In drei Tagen sind also 12 Personen hingerichtet worden, ob es der „Freiheit“ gefällt oder nicht. Am 28. Juni wurden allerdings die Aburteilungen und Hinrichtungen eingestellt. Allein — es war nicht die Gnade der Kaiserregierung, die diese Maßnahmen bewogen hatte, sondern die zweite, sehr energische Note des italienischen Oberkonsuln Romanelli, der sich gegen die Massenhingerichtungen verwahrt hatte. Was dahin sind aber die bereits aufgezählten dreizehn Todesurteile vollstreckt worden. Die elf bis dahin nicht vollstreckten Todesurteile, von denen die „Freiheit“ erzählt, sind nach dem 28. Juni, also nach Eintreffen der italienischen Note, gefällt worden.

Das sind die wahren Tatsachen. Die Maschinengeschwindigkeit, mit der die ungarischen Revolutionsgerichte geurteilt haben, ist keine „Inferno, hebräische Lüge“, sondern die Wahrheit. Nur, daß die „Freiheit“ keine Zeitung lesen kann. Oder wollte sie diese Zeitungen nicht lesen?

Eine Schimpfaffäre.

Nachdem die Vertreter der S. P. D. mit allen Mitteln aus dem Groß-Berliner Volksgesetz und der Volksversammlung hinausgedrängt worden sind, streifen jetzt die zurückgebliebenen U. S. P. Deute über „schändlichen und hinterhältigen Betrug“. Sie wenden sich in einem langatmigen Aufsatz an die wertvolle Bevölkerung Groß-Berlins, der aber trotz seines Wortreichtums kein Wort über die Gründe enthält, die die S. P. D. Mitglieder zum Austritt aus dem Volksgesetz zwangen. Dafür ist dieser Aufsatz gespickt mit Reuanflagen aller in diesen Beschlüssen, die sich unsere Genossen seit Wochen und Monaten in der Versammlung der Arbeiterräte bieten lassen mußten, und allein der wüste Schimpf dieses ganzen Nachwerks zeigt, wie richtig die Erkenntnis unserer Genossen war, daß bei einer dergleichen Gesinnung der Gegenseite irgendein gedeihliches Zusammenarbeiten unmöglich ist. „Krautwurz“, „Krautwurz“, „Lortupe Gänsefleisch“, „politische Karrierewasche“, „Menegaten des Sozialismus“, „Selbsthelfer des Garde-Kavallerie-Schützenkorps“, das ist die Tonart, in der unseren Genossen ihre trübe Willkürerfüllung im Arbeiterrat gedankt wird.

Das ist mit großer Augenkraft angestimmte „Verratsgeheiß“ wird keinen Vernünftigen über die wahre Sachlage hinwegzuführen. Freilich mag es den Unabhängigen schmerzhaft sein, daß unsere Genossen nicht einfach auf sich herumtrampeln lassen, hinter ihrem Rücken verbittet sich nur zu deutlich die Enttäuschung des betrübten Lagerbesetzers, dem die Rolle dabongeschwommen sind. Ihrer Aufforderung, diese Arbeiterräte, die ihnen nicht willenslos den Wudel hinhalten wollten, jetzt für abgesetzt zu erklären, wird die Arbeiterschaft nicht nachkommen.

Für die Rehabilitierung eines Opfers der Alldeutschen.

Der Fall Weiz Valentin.

Uns wird geschrieben: Die alles von heute auf morgen verzehrende öffentliche Meinung wird kaum noch ein Erinnerungswort haben für die Mittel, mit denen seinerzeit von Seiten der Alldeutschen für den verschärften U. S. P. Krieg gearbeitet wurde. Sie wird sich kaum noch erinnern können, in welcher Weise alle diejenigen Staatsbeamten, Politiker oder Privatpersonen betrogen wurden, die auf den Wahnsinn der ins Verderben führenden alldeutschen Politik hinwiesen.

In den Tagen dieses Kampfes wurde der außerordentliche Professor der Geschichte Dr. phil. Weiz Valentin in Preußen durch L. B. durch eine Verfügung des damaligen bayerischen Außenministers aus seinem Amte geschoben, weil er angeblich gegen Professor Cohnmann schärferes Lobesäußerungen getan habe, die er als unbedenklich zurückzunehmen sich genötigt sah. Durch dieses Verhalten habe er die aus seiner Stellung als akademischer Lehrer erscheinenden Pflichten in empfindlicher Weise verletzt und den Anspruch auf Aufrechterhaltung der venia legendi (Lehrberechtigung) verwirkt. Außerdem habe er durch unangemessenes Verhalten einem Publikumsgenossen, dem Geheimrat Prof. von Below, gegenüber seine Stellung an der Fakultät unzulässig gemacht. Aus diesen Gründen wurde ihm die venia legendi entzogen und seine Lehrberechtigung nicht mehr gestattet. In seiner tapferen Zeitschrift „Der Fortschritt“ rollt nun Dr. Hermann Popert den Fall noch ein-

mal auf und weist hier hartnäckig nach, daß Prof. Valentin, der f. H. von der alldeutschen Presse so heftig angegriffen wurde, ein lüthliches Unrecht geschahen ist. Popert hat sich durch Einsichtnahme in die gesamten Akten ein hares Bild verschafft, auf das er nun die Öffentlichkeit hinweist. Der Fall Valentin-Cohnmann lag so: Auf einer Reise besuchte Valentin seinen alten Bekannten Cohnmann. Es entspann sich ein vertrauliches politisches Gespräch, im Verlauf dessen Cohnmann den damaligen Reichsfänger des fortgeschrittenen Lügens beiduldtig, während er dessen Gegner Tirpich preist. Valentin wehrt den Angriffen auf den Reichsfänger und weist auf die eigenartige Zahlenbehandlung durch Tirpich hin, über dessen „höhere Mathematik“ auch f. H. gewisse Gerüchte im Umlauf waren. Nach durchaus freundschaftlichem Ausinandergeden bringt Cohnmann die vertraulichen Äußerungen als Protokoll, das aber Valentin nicht gesehen hat, zu Papier und sendet diese vertraulichen Äußerungen an Tirpich, an das bayerische Kriegsministerium und in die große Öffentlichkeit. Diesen schweren Vertrauensbruch als Verleumdung und Slandat hat Cohnmann selbst zugeben müssen. Er drängt dadurch Valentin in einen Existenzkampf. In seiner Abwehr schreibt nun Valentin dem Cohnmann einen Brief, der aber in der Form zu weit geht und dadurch Cohnmann Gelegenheit zu einem Verleumdungsprozess gibt. Durch einen plötzlichen Schwächeanfall und um dem Auslande kein Schauspiel zu bieten, läßt sich Valentin in dem für ihn günstigen Prozess zu einem für ihn ungünstigen Verdict drängen. Dies der Fall Cohnmann. Im Fall Below hat der alldeutsche Geheimrat Below es verstanden, seinen jüngeren Nachfolger verurteilt völlig zu ruinieren durch anonyme Verleumdungen in alldeutschen Zeitungen und durch eine unbedeutende lässliche Weitergabe der kaiserlich-ministeriellen Verfügung an eine alldeutsche Korrespondenz.

Popert gelangt nun zu der berechtigten Forderung, daß Valentin die venia legendi sofort zurückgegeben werden muß, da jede rechtliche und sittliche Grundlage dazu fehlt, Valentin die Lehrberechtigung vorzuenthalten. Popert fordert weiter, daß Baden die Rechtlosigkeit der außerordentlichen Verleumdungen und Privatbezugs durch ein Gesetz aufhebt, wie es Preußen schon längst getan hat. Schließlich verlangt er die Eröffnung eines Disziplinarverfahrens gegen Geheimrat von Below.

Es muß festgesetzt werden, daß es einfach ungläubig ist, daß an einer deutschen Universität die akademische Freiheit, derart verletzt, einem Manne seiner Privatmeinung wegen die Stellung geraubt und bis heute noch keine Gelegenheit gefunden wurde, das an ihm begangene Unrecht wieder gutzumachen. Es ist eine Pflicht des demokratischen Badens, Weiz Valentin zu seinem Recht zu verhelfen.

Verbot von Passagierflügen. Kopenhagen, 17. Juli. Das dänische Justizministerium hat ein zeitweiliges Verbot gegen Passagierflüge erlassen, d. h. Flüge mit anderen Personen als denjenigen, die zum Bedienen der Maschine notwendig sind. Ausländische Flieger, die vom Ausland nach Dänemark fliegen wollen, müssen beim Justizministerium um Erlaubnis hierfür nachsuchen, was gleichzeitig mit dem Erlaß um Verbot geschehen kann, wenn ein solches für die Einreise erforderlich ist.

Industrie und Handel.

Börse.

Im Anschluß an die Geldknappheit und die neuerliche Steigerung der Kriegsanleihen auf 84 Proz. eröffnete die Börse in ziemlich fester Tendenz bei allerdings ruhigem Geschäft. Im späteren Verlaufe bestimmten die Streifenänderungen für nächsten Montag, doch trat schließlich erneut eine Erholung ein. Besonders bevorzugt waren Galathea-Papiere, in erster Reihe Litzke, Zechel-Aktien und Orientbank. Notanwerte waren wenig einheitslos, Schiffahrts-Aktien leicht abgewertet. Ebenso erlitten Parkwerte erneut Kurseinbußen. Im Rüstungsaktienmarkt waren Deutsche Waffen härter rückgängig, Rheinische Renten waren behauptet; Kriegsanleihen gaben später wieder auf 89 1/2 Proz. nach.

Das Reichswirtschaftsministerium ist augenblicklich damit beschäftigt, Augenhandelsstellen, welche die Anstöße deutscher Waren und die Wiedererlangung des Weltverkehrs für Deutschland fördern sollen, für die verschiedenen Industrien zu erörtern. In den nächsten Tagen finden Besprechungen mit den einzelnen Vertretern der einzelnen Industrieverbände statt.

Groß-Berlin

Stellungnahme der Unabhängigen zur Einheitsgemeinde Groß-Berlin.

Die unabhängigen-Kommunalvertreter beschäftigten sich gestern mit der Reorganisation Groß-Berlins. Stadteroberer Kurt Rosenfeld stellte sich auf dem Boden des Selbstentwerfes, der die Schaffung einer Einheitsgemeinde Groß-Berlins vorseht, machte jedoch eine ganze Reihe von Änderungsbedingungen zu den einzelnen Bestimmungen der Vorlage geltend. Vor allem bemängelte er, daß der Selbstentwurf keinerlei Bestimmungen über die kommunalen Arbeiterräte enthalte. Alle Versuche, die Arbeiterräte zu beteiligen, würden aber auf die Dauer vergeblich sein, da der Ratgebende in der Arbeiterschaft bereits viel zu tief Wurzeln gefaßt habe. Auf die einzelnen Bestimmungen der Regierungsvorlage eingehend, bezeichnete Dr. Rosenfeld die für das zukünftige Groß-Berlin gezogenen Grenzen als zu eng; er verlangte eine Abgrenzung, die für eine großzügige Entwicklung der künftigen Einheitsgemeinde ausreichende Möglichkeit wäre. Die Abgrenzung des Selbstentwerfes sei zum großen Teil ganz willkürlich. Für die Verwaltung der zukünftigen Einheitsgemeinde forderte der Redner anstelle des bisherigen Dreikammerwesens das Einkammerwesen. Anstelle des Magistrats soll lediglich ein Verwaltungsausschuss als ausführendes Organ der Stadteroberungsverwaltung treten. Die auf fünf Jahre vorgeschlagene Wahlzeit der Stadteroberer soll der Redner als viel zu lang, eine zweijährige Amtsperiode wäre selbst mit Rücksicht darauf, daß ein zu häufiger Wechsel im Interesse der Verwaltung nicht zweckmäßig sei, ausreichend. Der Wahl unbedingter Magistratsmitglieder, wie sie die Regierungsvorlage vorseht, sieht der Redner ablehnend gegenüber, weil unbedingte Ehrenämter zu einem Bruch der Verbindungen werden müßten, und auf diese Weise der Arbeiterschaft die Möglichkeit zur Mitarbeit im Magistrat genommen werde. Die beabsichtigten Magistratsmitglieder dürften höchstens auf sechs, statt auf zwölf Jahre gewählt werden. Als Voraussetzung für das Wahlrecht zur Stadteroberungsverammlung müßten die Bestimmungen für die Wahl zur Nationalversammlung genügen, weitere Bestimmungen, wie sie die Vorlage enthält, sieht der Redner ab. Auch eine Erhöhung der mit 180 vorgeschlagenen Zahl der Stadteroberer der Einheitsgemeinde Groß-Berlin hält Dr. Rosenfeld für zweckmäßig, wenn auch selbstverständlich nicht jede Gemeinde einen eigenen Vertreter haben könne. Das Wahlrecht, das dem Minister des Innern nach der Regierungsvorlage vorbehalten wird, müsse völlig beseitigt werden. Die Zahl der Magistratsmitglieder dürfe aber nur durch die Bürgerchaft erfolgen. In den Disziplinerverordnungen, die für die einzelnen Bezirke der neuen Einheitsgemeinde vorgesehen sind, müßte unbedingt jede zu den einzelnen Bezirken gehörige Gemeinde einen Vertreter entsenden dürfen. Die infolge der Schaffung des einheitlichen Groß-Berlins überflüssig werdenden Beamten, dürften selbstverständlich nicht auf

die Straße gestellt werden. Auf die berechtigten Interessen dieser Beamten müsse jede mögliche Rücksicht genommen werden, ihnen seien jedoch die Interessen der Gesamtgemeinde unter allen Umständen übergeordnet. Die Idee der Schaffung einer Gesamtgemeinde lehnte Dr. Rosenfeld auf das entschiedenste ab, da eine solche Regelung nur Anlaß zu fortgesetzten Reibungen zwischen den einzelnen Gemeinden geben würde. In der Aussprache stimmten die Redner dem Selbstentwurf auf Schaffung einer Einheitsgemeinde Groß-Berlin zu und äußerten verschiedene Wünsche auf Abänderung einzelner Bestimmungen im Sinne der Ausführungen des Referenten. Von einem Disziplinardredner wurde ein Antrag eingebracht, daß in denjenigen Gemeinden, in denen kommunale Arbeiterräte beseitigt worden sind, alle unabhängigen Stadteroberer und Gemeindevorsteher auf die Ausübung des Amtes verzichten sollten. Der Antrag der vom Referenten und auch allen Rednern als verfehlt und unannehmlich bezeichnet wurde, wurde der Parteiorganisation zur Erledigung überwiesen. In seinem Schlusswort stellte der Referent fest, daß die unabhängigen Gemeindevorsteher mit dem kommunalen Ausschuss der Partei geschlossen auf dem Boden der Einheitsgemeinde stehen.

Vollversammlung

der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlin S. P. D. und U. S. P. morgen Sonnabend, 11 Uhr, in Havelands Festsaal, Neue Friedrichstraße 35.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Gen. Dr. Striemer über Zwangs-Syndikate, Trugs und Gemeinwirtschaft. 2. Arbeiterrat-Angelegenheiten. 3. A.: Haase.

Achtung Parteigenossen!

Immer wieder wird in den Betrieben von den Unabhängigen und Kommunisten für Sammlungen zu einem Unterstützungsfond, angeblich für die Opfer der Januar- und Märzunruhen, Stimmung gemacht. Da dieser Fond nur den Zwecken der vorgenannten Parteien dient, ersuchen wir unsere Parteigenossen, sich an dieser Sammlung nicht zu beteiligen. Die Behauptung, daß der Kommission zur Verwaltung dieser Gelder auch Parteigenossen vor und angehören, entspricht nicht der Wahrheit. Die Kommission besteht nur aus Unabhängigen und Kommunisten, da unsere Parteigenossen angetreten sind, weil sie mit dem Verhalten der Kommission und der Verwendung der Gelder nicht einverstanden waren. Also nach einmal, keinen Pfennig auf diese Listen.

Für unsere Parteigenossen werden Sammellisten im Bureau des Bezirksverbandes, Bellevuestraße 7, ausgegeben.

Der Vorstand des Bezirksverbandes Groß-Berlin und die Direktoren der Betriebe der S. P. D.

Wunderliche Forderung eines Arztes. Uns wird geschrieben: Am Montag erkrankte mein Sohn, jedoch war es mir erst möglich, abends um 10 Uhr einen Arzt zu bekommen. Der Arzt erschien gegen 10 Uhr mit einem Auto und machte nach kurzer Untersuchung eine Morphiuminjektion. Insgesamt hat die ganze Konsultation 10—15 Minuten in Anspruch genommen. Dafür verlangte der Arzt 100 Mk. Honorar und 8 Mk. für das Auto. Ich habe die Summe bezahlen müssen, weil ich meinen Sohn heilen wollte.

Was macht aber ein armer Mann, der solche Donorats nicht zahlen kann? Müßen seine Angehörigen dann elend zugrunde gehen?

Beseitigung eines Verkehrshindernisses. Dazu wird und geschrieben: Zur Beseitigung des Verkehrshindernisses des alten Friedhofes am Potsdamer Bahnhof hat die Eisenbahndirektion bereits im Jahre 1914 einen Wettbewerb zur Ausräumung dieses Platzes unter Beteiligung des Friedhofes ausgeschrieben. Der Wettbewerb mußte wegen Mangels an Beteiligung infolge des Krieges unbekannt verfallen werden, ist aber inzwischen von neuem ausgeschrieben worden. Hieraus ist zu entnehmen, daß die Eisenbahndirektion als Eigentümerin des Platzes ernsthaft beabsichtigt war und ist, den auch ihr bekannten Uebelständen Abhilfe zu schaffen.

Offentlich geschieht das aber recht schnell.

Auf eine Familienfrage läßt ein doppelter Leichenfund schließen. Vor dem Hause Kronprinzenufer 17 wurden die Leichen einer etwa 35 bis 40 Jahre alten Frau und eines 12 bis 14 Jahre alten Mädchens aus der Spree gefischt. Über die Toten sind, sich sich bisher noch nicht feststellen. Die Frau ist 1,60 Meter groß, das Mädchen 1,28 Meter, beide haben blonde Haare. Ersterer trug ein weiß und blau gestreiftes Kleid, weiße Unterwäsche, schwarze Strümpfe und schwarze Halbhose, letzteres ein weißes Kleid, weiße Unterwäsche, schwarze Strümpfe und schwarze Schuhe. Die Frau trug als Schmuck zwei Ohrringe in Halbmondsform, ein Armband und eine Perle mit kleinem Stein, außerdem einen Trauring. Ihr Leichentuch ist A. gezeichnet. Das Kind trug eine rote Perlenkette um den Hals. Beide Leichen haben erst ganz kurze Zeit im Wasser gelegen. Zweifellos handelt es sich um Mutter und Tochter, die gemeinsam in die Spree gegangen sind. Die Leichen befinden sich im Scharfhafe.

Selbstmord eines 13jährigen Schülers. Vor dem Grundstück Kottbuser Damm 60 wurde gestern nachmittags die Leiche des 13 Jahre alten Sohnes Erich des Schiffsbauers Fildoband aus der Gimmstraße 24 gefischt. Der Knabe scheint aus Furcht vor Strafe den Tod im Wasser gesucht zu haben. Ein Schiffsmerker von ihm hatte seinem Vater 170 Mk. gestohlen und ihm davon Geld abgegeben, das beide dann gemeinsam verbrannten. Als der Besondere den Diebstahl entdeckte und erfuhr, daß auch der Schüler Hilbedandt von dem gestohlenen Gelde etwas abgeben hatte, besorgte sich dieser zu dessen Vater und verlangte von diesem das Geld zurück. Der Knabe befürchtete jetzt Strafe von seinem Vater, entfernte sich aus der elterlichen Wohnung und blieb verschollen, bis man gestern seine Leiche landete.

Friedrichshof. Einrichtung einer Halbtagsschule. Der Gemeindevorstand — Abteilung für Jugendfürsorge — beabsichtigt, vom Montag, den 21. Juli, ab für schulpflichtige Kinder der Gemeinde-Einwohner eine Halbtagsschule einzurichten. Die Kinder sollen unter geeigneter Leitung und Aufsicht ungefähr von mittags 1 Uhr bis abends 7 Uhr im Walde spielen usw. Nebenbei gedacht ist auch, den Kindern zum Besonderen eine geeignete Erziehung zu reichen. Trübsünder sind mitzubringen. — Treffpunkt für den Ortsteil Friedrichshof um 12 1/2 Uhr Schulhof der 3. Gemeindefschule, Fressowallee 70, für den Ortsteil Friedrichshof um 12 1/2 Uhr Schulhof der 2. Volksschule, Wilhelmstr. 30. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Winglompf Admiraalshaus. Der neuangelegte Bestatter weist Anträge in 2 Minuten durch. Die beiden ehemaligen Amtleute Bräunlein und Ledwig haben sich 20 Minuten gegenüber ohne daß ein Resultat erzielt wurde. Sämtliche unterliegt gegen den sehr robust einmündigen Anwalt nach 13 Minuten durch Anwalt vom Herrn. Der technisch hervorragende Schwarzhaare steigt über Stegmann in 6 Minuten durch Untergrund von vorn.

Staatserklärten Zwängen. Für die Stellunglosen Anwesenden findet Anstandslosleben jeden Dienstag und Freitag von 3—5 Uhr nachmittags im Restaurant Valler, Dreiecksstraße 37, statt.

Die angelegten Aufhänge.

Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Jubiliden usw. Ortsgruppe Groß-Berlin. Die Reichsbundstiftung für Rat- und Hilfesuchen befindet sich in unserer Geschäftsstelle, Berlin NO, Rammertstr. 31, beim Germania-Schiffbauers-Lager, nachmittags von 5—7 Uhr. Anmelden wollen sich mit allen Rentenpapieren versehen. — Bezirk Charlottenburg. Sonnabend, den 19. Juli, Nachabend in der bekannten Wälder. — Bezirk Tempelhof. Montag 7. Uhr im Versammlungssaal, Berliner Str. 100; Zeit- und Geselligkeitsabend. Gabe willkommen.

